



# Outputs aus den Workshops

## Swiss Civic Tech-Konferenz 2019

### Workshop 4: Träger, Betreiber und Finanzierung von Civic Tech-Angeboten

ExpertInnen: Denis Morel (Post AG), Lorenz Grandjean (Bundeskanzlei), Christian Gees (Stadt Zürich)

Moderation: Jonas Hirschi (DSJ)

#### Ziele und Vorgehen

In Workshop 4 sollten die Aufgabenbereiche von Civic Tech diskutiert und erörtert sowie die entsprechenden Rollen den relevanten Stakeholders zugeteilt werden. Relevante Fragen waren dabei: Welche Rollen haben die föderalen Ebenen inne? Wessen Aufgabe ist die Finanzierung von Civic Tech-Angeboten? Wie sieht der Ist-Zustand, wie der Soll-Zustand aus? Wie kann die digitale Nachhaltigkeit bei Civic Tech-Initiativen gewahrt werden? Welche Governance-Probleme sind heute zu beobachten? Ziel des Workshops war also die Problemidentifikationen hinsichtlich Governance im Civic Tech-Bereich.

Bei den konkreten Aufgabenbereichen sollten die Finanzierung eines Civic Tech-Tools, die Rahmenbedingungen bzw. die Regulierung, das Ergreifen der Initiative, die Umsetzung, die Evaluation und weitere Beispiele von Bereichen verortet werden. Bei den Akteuren und Ebenen sollten der Bund, die Kantone, die Gemeinden, staatsnahe Betreiber, privatwirtschaftliche Akteure und weitere Akteure entsprechend eingeteilt werden.

#### Output

##### Rollenverteilung am Beispiel E-Voting

Zuerst zeigte Denis Morel (Post CH AG) anhand des Beispiels E-Voting auf, wie die Rollenverteilung – insbesondere zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen – gestaltet werden kann. Dabei zeigte Denis Morel auf, dass der Bund für gesetzliche Rahmenbedingungen, die Sicherheitsanforderungen, die Bewilligung sowie die Überwachung der Prozesse zuständig sei. Weiter entscheide der Kanton über die Teilnahme an der Einführung von e-Voting, kümmere sich um die Finanzierung und trage die Verantwortung sowie die Kontrollaufsicht. Die Gemeinden hingegen seien für die Auszählung und die Konsolidierung der Ergebnisse zuständig. Die StimmbürgerInnen würden aber immer noch selber über den Stimmkanal entscheiden. Die SystembetreiberInnen hingegen seien für die System- und Betriebsentwicklung, die Betriebsverantwortung und die Datenaufbewahrung zuständig.



## Ist-Zustand

Im Workshop wurde als erstes die Ist-Situation der Rollenverteilung in Bezug auf Civic Tech-Angebote in der Schweiz insgesamt diskutiert. Dabei wurde erörtert, welcher Akteur für welche Aufgabe zuständig ist. Diese Diskussion leitete direkt zur Auseinandersetzung darüber, wie die Aufgabenteilung idealerweise aussehen könnte. Die Erkenntnisse flossen in die Problemidentifikation mit ein.

### Aufgaben:

- ▶ Initiative ergreifen
- ▶ Finanzierung
- ▶ Umsetzung
- ▶ Regulierung
- ▶ Evaluation

### AkteurInnen:

- ▶ Bund
- ▶ Kanton
- ▶ Gemeinde
- ▶ Private Akteure (Start-Ups, Unternehmen)
- ▶ Zivilgesellschaft (Verbände, Parteien)
- ▶ Staatsnahe Betriebe

Folgende **Haupterkenntnisse** konnten dabei herausgearbeitet werden: Eine trennscharfe Unterscheidung der Aufgabenbereiche ist oftmals schwierig, denn die verschiedenen Akteure sind in mehreren Aufgabenbereichen tätig. Die Zuordnung hängt stark vom jeweiligen Angebot und vom entsprechenden Kanton ab.

## Soll-Zustand

Anschliessend wurde die ideale Zuordnung der Aufgaben auf die Akteure diskutiert.

**Initiative ergreifen:** Grundsätzlich soll es keine Beschränkung darüber geben, wer die Initiative ergreifen darf und soll. Ein innovationsfreundliches Klima soll geschaffen werden.

**Finanzierung:** Die Förderung von Civic Tech könnte als Verbundaufgabe definiert werden, bei der sich Bund, Kanton und Gemeinde gemeinsam beteiligen. Die Infrastruktur für Civic Tech muss durch den Staat bereitgestellt und finanziert werden.

**Umsetzung:** Die Umsetzung soll stets durch private Akteure erfolgen.

**Regulierung:** Für die Regulierung ist der Staat zuständig, wobei auch die Unternehmen sich selbst regulieren (auch aus Eigeninteresse, da der Umgang mit Daten ein Qualitätsmerkmal eines Civic Tech-Angebots ist).

**Evaluation:** Für die Evaluation ist insbesondere der Staat zuständig, da diese Erkenntnisse in den Regulierungsprozess fliessen. Doch auch die einzelnen Unternehmen evaluieren sich, um Verbesserungen und Fortschritte erzielen zu können.

Grundsätzlich konnten folgende **Haupterkenntnisse** gewonnen werden: Um die ideale Zuordnung bestimmen zu können, ist es wichtig abzuklären, ob ein Civic Tech-Angebot staatliche Aufgaben verfolgt, die eine stärkere Regulierung verlangen. Als Beispiel: E-Voting muss stärker reguliert



werden als WeCollect. Grundsätzlich konnte aber selten eine trennscharfe Zuordnung vollzogen werden.

### Problemidentifikation

Ausgehend von der Diskussion über die Rollenverteilung konnte eine Reihe von Problemen identifiziert werden:

- ▶ Fehlende Fehlertoleranz gegenüber dem Staat: Der Bund darf seine Angebote nicht im Trial & Error-Verfahren entwickeln, obschon dies im Civic Tech-Bereich wichtig wäre.
- ▶ Die gesetzlichen Vorgaben hinken der technischen Entwicklung immer hinterher, weshalb die Gefahr einer ungenügenden Regulierung gross ist.
- ▶ Es bestehen im Civic Tech-Bereich sehr viele unterschiedliche und relevante Akteure. Die Zuordnung einer Aufgabe zu einer föderalen Ebene ist nicht immer einfach, was eine klare Rollenverteilung erschwert.
- ▶ Eine ganzheitliche Civic Tech-Strategie, welche die verschiedenen Akteure und Aufgabenbereiche einbezieht, wäre wünschenswert.